

Das neue Elterngeld und soziale Ungleichheiten

Annette Henninger

und

Christine Wimbauer

030 / 254 91 197

030 / 254 91 191

Annette.Henninger@wzb.eu

Christine.Wimbauer@wzb.eu

Emmy-Noether-Nachwuchsgruppe ‚Liebe‘, Arbeit Anerkennung -
Anerkennung und Ungleichheit in Doppelkarriere-Paaren
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
Reichpietschufer 50
10785 Berlin
<http://www.wzb.eu/bal/laa/>

Unser Beitrag analysiert das 2007 eingeführte Elterngeld auf seine Folgen mit Blick auf soziale Ungleichheiten. Unsere Hypothese ist, dass Elterngeld einen *Paradigmenwechsel* in der Familienpolitik darstellt, da diese Reform nicht nur die *Arbeitsmarktaktivierung* von Müttern verstärkt, sondern auch die Steigerung der Geburtenrate als *neues* Politikziel einführt. Im Zuge dieses Paradigmenwechsels wandelt sich das Zusammenspiel von (De)Kommodifizierung, (De)Famialisierung und Stratifizierung, das bislang für den konservativen deutschen Wohlfahrtsstaat charakteristisch war.

Die mit der Reform verfolgten *Politikziele* – Förderung der eigenständigen *Existenzsicherung* von Eltern; mehr *Geschlechtergleichheit* durch die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und der Beteiligung von Vätern an der Fürsorgearbeit sowie eine Steigerung der *Geburtenrate* – scheinen auf den ersten Blick Chancen für einen Abbau sozialer Ungleichheiten (nicht nur) zwischen den Geschlechtern zu beinhalten. Allerdings zeigt eine Analyse aktueller Daten zur Inanspruchnahme des Elterngelds, dass die Erhöhung des Väteranteils vor allem auf die Nutzung der Partnermonate zurückzuführen ist. Zudem profitieren von dem nun einkommensabhängigen Elterngeld v.a. besser verdienende, i.d.R. gut qualifizierte Eltern. Damit werden hauptsächlich für die Gruppe der besser verdienenden Frauen materielle Anreize für eine ‚*doppelte Aktivierung*‘ – die Steigerung ihrer *Erwerbsbeteiligung* und die Erhöhung ihrer *Geburtenraten* – gesetzt; für diese Gruppe bietet das Elterngeld die Chance einer ‚*exklusiven Emanzipation*‘. Eltern ohne oder mit geringem Einkommen – hierzu zählen überdurchschnittlich häufig gering qualifizierte Personen – sind die VerliererInnen der Reform, da sie durch die Verkürzung der Elternzeit in der Summe deutlich geringere Transfers erhalten. Die Kinder dieser Gruppe scheinen damit weniger ‚wert‘ zu sein als die Kinder gut verdienender Eltern, die nun deutlich höhere Transfers erhalten. Soziale Ungleichheiten innerhalb der Genusgruppen – nach unterschiedlichen Einkommens- und damit auch Qualifikationsgruppen – werden damit verstärkt.